



**KAIROS Europa Deutschland e.V.**

# RUNDBRIEF

für Mitglieder & FreundInnen

**Oktober 2007**

## Im Blickpunkt: 3. Europäische Ökumenische Versammlung

### **Sibiu war am Ende doch noch eine Reise wert!**

Von Peter Schönhöffer

Vom 4.-9. September 2007 fand in Sibiu (Rumänien), im Siedlungsgebiet der sog. Siebenbürger Sachsen, die 3. Europäische Ökumenische Versammlung (EÖV3) statt. Obwohl oder gerade weil den Prozess inhaltlich so recht weder die finanzstarken Geldgeber unter den europäischen Kirchen, noch die Mehrheiten in den hochrangig besetzten Planungskomitees, noch die lokalen orthodoxen Autoritäten zu einem gesellschaftspolitisch konfliktbereiten und kirchenintern selbstbewussten Ökumene-Ereignis machen wollten, gilt es genauer hinzuschauen, was im Vorfeld und schließlich dort selbst passiert ist.

Mehr als 2.100 Delegierte aus allen Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und ihre katholischen Brüder und Schwestern waren zusammen gekommen. Die Basis blieb außen vor; obwohl es unter den lokalen Organisatoren offenbar solche gab, die anderweitige Pläne hatten. Insgesamt war die Vorbereitung innerhalb wie außerhalb Deutschlands im Vergleich zur EÖV1 (Basel) und EÖV2 (Graz) sehr schleppend und lange nicht mehr so begeisterungsfähig wie noch in Basel oder mit Abstrichen auch noch in Graz gelaufen. Die Hälfte der Entsandten war - zum Großteil eher nach dem Hierarchie- und Repräsentationsprinzip - vom Rat der katholischen Bischofskonferenzen Europas (CCEE) benannt worden. So feierten mehr als 80 katholische Bischöfe am Fest Mariä Geburt

### **IN EIGENER SACHE**

Liebe Leserinnen und Leser, Sie halten den ersten Kairos-Rundbrief im neuen Format in den Händen.

Nachdem Ingrid Manthey nach Fertigstellung der letzten Ausgabe ihren verdienten „Rundbrief-Ruhestand“ angetreten hat (nochmals tausend Dank für Dein langjähriges Engagement, liebe Ingrid!), wird unsere Mitgliederzeitschrift nun vom Heidelberger Büroteam herausgegeben.

Bitte wenden Sie sich mit Anregungen, Kritik sowie dem Wunsch nach Abdruck von Artikeln, Tagungs- und Literaturhinweisen etc. künftig an mich.

Ihr

Martin Gück

### **INHALTSVERZEICHNIS**

Im Blickpunkt: 3. EÖV	1
Reisebericht aus Kolumbien	6
Kairos-Tagung 2007	11
Neue Kairos-Broschüre	13
Buchbesprechung	15
Impressum	16



einen Gottesdienst im byzantinischen (ostkirchlichen) Ritus miteinander. Das war zwar imposant anzusehen, brachte aber die ökumenische Bewegung nicht weiter und auch nicht zum Ausdruck. Hier scheint ein wirkliches Problem von Sibiu durch. Viele Vorbereitende und kaum weniger viele Delegierte hatten offensichtlich wenig innere Bindekraft an das, was die „kleine (Kirchen-)Tradition“ im konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Zehntausende Engagierter seit den 80er Jahren so intensiv ausgemacht hatte. Nämlich, dass die Tagesordnung der authentischen sozialen Volksbewegungen auf unserer Welt bestimmend war. Eine Agenda, die von der Weltversammlung in Seoul 1990 zu einem Zeitpunkt so sehr in den Mittelpunkt gerückt worden war, als die KirchenrepräsentantInnen schon begannen sich im Angesicht knapper werdender Traditionen, Ressourcen und Privilegien gegenüber den weltlichen wie geistlichen Eliten gewissermaßen „in die Büsche zu schlagen“. Und zwar in den notwendigen Einzelfragen im Gegenüber zu einer grausamen Interesselosigkeit an der ernsthaften Bearbeitung einer finanzmarktgetriebenen, konzerngetragenen Globalisierung und ihrem Spaltungs- und Ausbeutungsprojekt gegenüber der gesamten Schöpfung, genauso wie in den brennenden Fragen der Abendmahlsgemeinschaft.

Ja, es stimmt: Die Kirchen müssen sich mit all ihrem spirituellen Reichtum (der in der Tat derzeit seltenst in kritischer Zeitgenossenschaft gepflegt und weiterentwickelt wird und uns so verdunstet!), den der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber in Sibiu so präsent wie redlich beschworen hat, auf eben diese Problem- und Gemengelagen einlassen. Das aber haben die langen Stunden zunächst einmal nur selten hergegeben, während denen dem Plenum in Sibiu fein gehackte, zum Teil kontroverstheologische Sprengstoff enthaltende Reden und sich reichlich wichtig nehmende Grußworte vorgetragen wurden. Ausnahmen wie der feine und nüchterne

Vortrag von Enzo Bianchi, dem Gründer einer ökumenischen Lebensgemeinschaft, im „Forum Spiritualität“ bestätigen hierbei die Regel. Jedenfalls war der erste Entwurf der Botschaft noch so dermaßen wenig davon durchtränkt, dass nicht wenige Delegierte tagelang mit immer größeren Schüben an Unzufriedenheit durch die Hauptstraßen des hübsch herausgeputzten historischen Zentrums der Stadt zogen.

So waren wir in Sibiu, wenn man es ernst nimmt, drauf und dran, etwas zu verspielen, was für die Menschen, die ihre Herzen wachsam und ihre Ohren hörbereit gehalten haben, bedeuten mag, im Himmel verankert und für die Einheit allen Lebens auf der Erde da zu sein. Für jene oft so stille Mehrheit der Menschenkinder „guten Willens“, von denen die katholische Verkündigung seit einigen Jahrzehnten immer wieder spricht, aber haben wir als Kirchenmänner und -frauen da zu sein: seelsorglich, Gnade und Heilmittel zugänglich machend, lehrend und lernend: in Spiritualität und Kampf; nicht so sehr in „business as usual“ selbstverherrlichenden Reden oder zeitenthobenen Beharrungsdiskursen.

Dann aber siegte nicht nur unter den Delegierten, sondern bis hinauf zur Konferenzleitung doch noch das Bedürfnis nach Diskussion der großen Sachthemen: Wie gehen wir wirklich „die Wahrheit in Liebe sagend“ mit den anderen Religionen um? Was ist unsere Aufgabe bezüglich der Migrationsfrage? 12% der BürgerInnen Europas gehören heute bereits dem Islam an. Wie entdecken wir Christen eine weltzugewandte Spiritualität und wie gewinnen wir unsere Mission zurück - und leben sie auch; aber eben im Horizont eines multireligiösen und zugleich in vielen Teilen zutiefst säkularen Europas? Was wird aus den großen Fragen der Einheit der christlichen Kirchen, um die unser Herr in seinem Abschiedsgebet (Joh 17) so innig gebetet hatte?



### Ein erster Versuch eines Fazits

Wir können wohl kaum für uns in Anspruch nehmen, die EÖV3 habe sich als Baustelle für ein grundlegend solidarischer Europa erwiesen, das einen neuen, selbstkritischen Anfang schafft für eine Welt, in der viele Welten Platz haben. Zuweilen war sogar erstaunlich wenig Sachkenntnis und ernsthaftes oder gut vorbereitetes Interesse dafür unter den Delegierten vorhanden. Und doch: Sibiu hat sich zunächst einmal deshalb gelohnt, weil wir nach der zweiten Lesung der Abschlussbotschaft einen inhaltlichen Durchbruch hatten, der sich so zu bezeichnen meines Erachtens wirklich lohnt. Pax Christi Italien hatte zusammen mit einigen anderen Einrichtungen konkrete Vorschläge mitgebracht, wie die ökumenische Bewegung europaweit sehr konkret mit Einrichtungen, Werkzeugen, Empowerment und Aufbauarbeit zu unterstützen sei. Ob davon etwas aufgegriffen werden wird, davon wird einiges abhängen. Die vielen, die für uns gebetet haben - und es ist insgesamt eine ausgesprochen diese Komponente beleuchtende Versammlung gewesen - haben so vielleicht doch noch mitgeholfen, das Ruder ein klein wenig zu drehen; wenngleich nüchtern betrachtet auch viele Chancen, offen und wagemutig aktuelle prophetische Möglichkeiten anzustoßen, ungenutzt blieben.

War der erste Entwurf der Botschaft noch eine blutarme, komplett theologisch abgezielte, aber dadurch leider auch durch und durch vergeistigt und keinem weh tuend daher kommende Botschaft, die von oben nach unten wie aus den höchsten Höhen einer in ökumenischer Verschiedenheit versöhnten Bischofskirche erdacht hernieder kam, so haben die Delegierten durch insgesamt Hunderte von Änderungswünschen und nach einer zweiten Plenumsmikrophonrunde, wo doch noch an die 80 Leute gehört werden konnten, noch einiges anderes in den Text der Abschlussbotschaft hineinbekommen. Für Kairos Europa von besonderer Bedeutung:

Oberkirchenrat Ulrich Möller von der Evang. Kirche von Westfalen machte als Mitleiter im „Forum Gerechtigkeit“ schließlich einen entscheidenden, vorher nicht mehrheitsfähigen Vorschlag: Alle Mitgliedskirchen werden auf einen Konsultationsprozess verpflichtet, der in drei Dimensionen angelegt ist:

1. Für soziale Gerechtigkeit und gegen Ausgrenzung (am Beispiel der Roma) im Inneren von Europa
2. Was tut Europa für mehr globale Gerechtigkeit nach außen?
3. Was tut Europa für ökologische Gerechtigkeit, besonders angesichts des Klimawandels?

Der 5-seitige zentrale Abschlussbotschaftstext hat in der Tat nun eine völlig andere Form und einen gänzlich anderen Charakter als der erste Entwurf. Allerdings fehlt ihm hier und da jetzt etwas spirituelle Schönheit. Dafür spricht er die MigrantInnenfrage um Längen mutiger an und hat große Fortschritte bezüglich der wichtigen Themen, des Umgangs mit dem (Euro-)Islam und dem Judentum.

Interessanterweise sind sicher 80 % der Redezeiten und Forumszeiten Themen der spirituellen Selbststärkung gewidmet gewesen. Offenbar ein Mutmacher angesichts der starken Tendenzen sich zurückzuziehen aus der Öffentlichkeit oder gar zur „Selbstsäkularisierung“, wie Bischof Huber wohl sagen würde. Diese Entwicklung hat durchaus auch etwas für sich, zumal das spirituelle Moment zumeist durchaus Qualität hatte, aber eben erst dann, wenn es für säkulare Ohren übersetzbar wird und die großen Menschheitsfragen nicht einfach ausklammert. Allerdings haben viele wichtige Dinge, wie zum Beispiel die Friedensfrage, erst auf vielfaches Nachbohren von der Aktionsgemeinschaft für den Frieden (AGDF) und Pax Christi einigermaßen vorwärts weisende Konturen bekommen (die sehr gut über Hearings gearbeitet haben!); ohne wiederum all zu viel politischen Sprengstoff gegenüber der EU zu enthalten.





### **Nebenereignisse, Hoffnungsspuren**

Wie nicht anders zu erwarten, waren viele zwischenmenschliche und zwischenkirchliche Begegnungen reich und überraschend. Die Begegnung mit der internationalen ökumenischen Gemeinschaft, die nunmehr 40 Jahre besteht, war neu für mich, die Idee der jungen Portugiesen, ökumenisch zu pilgern in Einfachheit, Entschiedenheit und Bescheidenheit, war ansteckend; auch im Hinblick auf die Junge Ökumene (MEET) hierzulande. Das christliche geistliche Leben lässt sich wirklich als Leben des Geistes in uns beschreiben. Und doch: Die imperiale Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit Gewalt und Kriegen, die vom Ökumenischen Netz in Deutschland (ÖNiD) in seiner beachtlichen Wortmeldung im November 2006 angemahnt worden war, darf darüber keinesfalls länger liegen bleiben. Was ich persönlich mitnehme, ist auch, dass wir mehr Kenntnis über die kirchlichen Europa-Strukturen und Handlungsmöglichkeiten brauchen. Das nicht detailliert genug zu kennen, war zuweilen ein wirkliches Hindernis.

Wenn es wirklich vorangehen soll, gilt es meines Erachtens vor allem in zwei Bereichen weiterzukommen: Erstens das Tabu öffentlich und für viele Multiplikatoren greifbar kippen helfen, es könne nur noch mehr oder weniger marktradikal weitergehen, und dann vor allem zweitens denjenigen, die selbst keinen theoretischen Unterbau haben (können), zu helfen, solidarisch ökonomisch zu arbeiten, sich beraten zu lassen und genügend Futter in die Hand zu bekommen, um aus der Hoffnungslosigkeit und Lethargie aufzuwachen, die so viele von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefangen hält, wenn man einmal näher hinschaut. Eines ist mir klarer denn je: Auf einer marktradikal zugewandten Erde wird es mehr und mehr keinen Mutterboden mehr geben, auf dem der Same des Evangeliums aufgehen kann. Vieles bleibt noch auszugestalten dabei, starke Partner in starken Gruppen zu finden - und

doch habe ich ein starkes Gefühl dafür, dass es einen Kern trifft, der auch für Praktiker und Zögernde an der Zeit ist.

Noch vieles mehr wäre zu erzählen. Ich hoffe einstweilen, wir haben während der Kairos-Konferenz Anfang Dezember oder bei anderer Gelegenheit bald einmal mehr Möglichkeiten dazu. Einstweilen grüße ich alle mit dem Licht Christi, das wir in Sibiu so fleißig und eifrig ehrten - und danke besonders für Gebet und Ermutigung, geschwisterliche Kritik und aufbauende Worte.

*Lic. Theol. Peter Schönhöffer M.A. ist Vorstandsmitglied von Kairos Europa, derzeit kath. Religionslehrer in Ingelheim und Mainz und nahm für Kairos als Delegierter an der EÖV3 teil*

*(Kontakt: Peter-Schoenhoeffer@web.de)*

-----

### **Auf dünnem Eis - aber dennoch...**

*Von Norman Tendis*

Die Symbolik war gut gewählt: Nach der mehrheitlich protestantischen Stadt Basel 1989 und der mehrheitlich katholischen Stadt Graz 1997 sollte nun die 3. Europäische Ökumenische Versammlung in der mehrheitlich orthodoxen Stadt Sibiu stattfinden. Große Kirchen der großen Konfessionen sind zudem in der Innenstadt auf engem Raum beieinander und bilden ein weiteres Symbol für die gewünschte Ökumene, in der das Licht Christi für Europa scheinen möge.

Nach dem Eröffnungsplenum, das sich mit seinen drei Stunden ununterbrochenen Vorträgen nahtlos an den wortreichen Eröffnungsgottesdienst anschloss, war man auf die offizielle Agenda der Versammlung eingestimmt. Die Mittagsandachten, die wohl eine Chance gewesen wären, das gute Liederbuch der Versammlung zum Leben zu



erwecken und ihm damit vielleicht Eingang in die Gemeinden zu geben, fanden durchweg in der bereits weit vorgerückten Mittagspause statt und erreichten nur noch einen kleinen harten Kern des Plenums. Sehr europäisch eben. Wir haben zwar das Wort „Ganzheitlichkeit“ kreiert, aber wir wissen noch nicht, wie das geht. Das ist schon ein wesentlicher Punkt, warum andere Kontinente bei entsprechenden Versammlungen eine andere spirituelle Kraft entwickeln. Doch auch für eine europäische Agenda ist es nicht gut, wenn der erste Entwurf der Schlussbotschaft in der Mittagspause verlesen wird.

War in manchen Foren eine Aussprache der Delegierten in Arbeitsgruppen möglich, so verstärkte sich in anderen Foren der Eindruck, als Zuhörer und nicht als Delegierter angereist zu sein. Spätestens, als man den Zettel mit der Einladung zur spontan organisierten „Alternativversammlung“ in Händen hielt, wusste man, dass man mit seinem Unmut nicht alleine war. Ein reges Treiben der Länderdelegationen hatte längst eingesetzt, die sich trafen, um sich zu beraten und noch Eingaben zu formulieren. Es war zu hören, eine Delegation hätte bereits mit der Abreise gedroht, wenn sich die Form der Versammlung nicht ändere. Es war dies eine der Stärken der Versammlung, dass die Delegierten ihren Zuhörerstatus nicht akzeptiert haben. Am Freitagmorgen wurde das Programm komplett verändert und der Diskussion der vorletzten Fassung des Schlussdokumentes ein breiter Raum gegeben. Ergebnis ist ein fünfseitiges Schlussdokument - statt des vom drafting committee vorgelegten zweiseitigen Dokumentes -, das aber dennoch weit hinter Basel und Graz zurück bleibt.

In der wohlmeinenden Absicht, die Versammlung doch positiv zu bewerten, meinten viele, das sei nun eben eine „orthodoxe“ Versammlung gewesen. Das beschreibt zwar treffend, dass Basel und Graz wesentlich

stärker von den westlichen ökumenischen Basisbewegungen geprägt wurden. Waren es in Graz noch 10.000 TeilnehmerInnen, so beschränkte sich Sibiu auf die etwas mehr als 2.000 Delegierten. Aber damit würden wir den Grund für die Substanzlosigkeit der Versammlung der Orthodoxie anlasten. Ich mag aber von der Mystik und Spiritualität, auch der Schöpfungsspiritualität der Orthodoxie viel mehr erwarten. Davon war auch bei der Versammlung etwas zu hören, z. B. vonseiten des ökumenischen Patriarchates.

Die offizielle Agenda wurde offenbar von der möglicherweise berechtigten Sorge vor einem Auseinanderbrechen der Ökumene geschrieben. Das ökumenische Eis ist dünn, also gehen wir mit möglichst wenig Gepäck. Doch mit dieser berechtigten Vorsicht ist das Planungskomitee wohl über das Ziel hinaus geschossen. Eines der wenigen konkreten Dinge, die es in die Schlussbotschaft geschafft haben, ist der Vorschlag, KEK und CCEE sollten einen Konsultationsprozess zu Fragen gerechter Globalisierung und Klimawandel durchführen und koordinieren. Da sollten wir nachhaken. Das meiste Andere wurde an anderer Stelle schon entschlossener und deutlicher gesagt. Schon hört man Stimmen, ob sich für derart schwache Ergebnisse der Einsatz für die Ökumene überhaupt lohnt. Ja! Es lohnt sich.

Und das nicht nur wegen der natürlich sehr bereichernden inoffiziellen Agenda. Wenn am Abend zehn Jugenddelegierte aus acht Ländern und vielleicht vier Konfessionen zusammen sitzen, und auch alle anderen nun wieder neue Visitenkarten drucken müssen, weil sie in Sibiu so viele ausgetauscht haben, so darf man doch hoffen, dass hier eine wichtige Vernetzung der europäischen Christenheit geschieht, und sollte nicht in das Horn derer stoßen, die die Sinnhaftigkeit der „Konferenzökumene“ schon lange bezweifeln. Im Gegenteil: die europäische



Christenheit sollte sich viel öfter versammeln. Die brasilianischen Basisgemeinden treffen sich beispielsweise alle zwei Jahre. Sonst werden wir in zehn Jahren wieder mit leichtem Gepäck über dünnes Eis gehen, weil wir dann wieder nicht wissen, wie weit wir gemeinsam gehen können. So können wir nicht die Kraft erreichen, um auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Wenn die europäische Christenheit nicht mehr Mut findet, substantielle Dinge zu sagen und eine prophetische Stimme zu erheben, so wird wohl Carl Amery Recht behalten, der uns in seinem Buch „Global Exit“ für diesen Fall das Abgleiten in die selbstverschuldete Bedeutungslosigkeit prophezeite.

*Norman Tendis ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Österreich AB (in St. Ruprecht bei Villach/Kärnten) und deren Beauftragter für den ökumenischen Prozess „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“*

-----

### **Vom Widerstand zum Aufbau von Alternativen - Lateinamerika im Umbruch**

Bericht über einen Kolumbienbesuch vom 6. bis 11. August 2007

*Von Ulrich Duchrow*

Von der Nichtregierungsorganisation „Justicia y Vida“ war ich eingeladen, an zwei Ereignissen in Kolumbien teilzunehmen:

1. einem Hearing mit internen Flüchtlingen (desplazados) zur Vorbereitung eines Tribunals im November;
2. einer hochkarätigen internationalen Konferenz mit dem Titel „Wirtschaft, Politik und sozialer Konflikt: Die neue Landkarte der Macht in Lateinamerika“.

Zur Einstimmung in den Kontext: am letzten Tag der Reise besuchten wir, oder besser:

wollten wir besuchen den Menschenrechtsanwalt von Justicia y Vida, Pacho, der im Alter von 36 Jahren mit Herzinfarkt auf der Intensivstation eines Krankenhauses lag. Er hatte in den USA einen Prozess gegen einen US-Konzern verloren, der mit Hilfe von Paramilitärs Gewerkschafter ermorden und Menschen vertreiben ließ, um Zugriff auf deren Land zu bekommen. Pacho hatte die Gewerkschaften, die Vertriebenen, Indigene, Frauen der Ermordeten usw. vertreten. Dafür hatte er Tag und Nacht gearbeitet - trotz der Todesdrohungen, die ihn wie andere sozial und ökologisch Engagierte ständig begleiten. Als er auf der Intensivstation aufwachte, sah er die Schläuche, die ihn am Leben erhalten sollten, als Fesseln an. Er riss sie ab und musste daraufhin wirklich ans Bett gefesselt werden. Nun lebte er in dem Wahn, er wäre entführt worden und sollte getötet werden. Auch wollte er sofort an die Arbeit, weil doch die Menschen auf seine Hilfe warteten. Klinisch ist das Paranoia, in Wirklichkeit ist es die Realität in Kolumbien. Wir konnten ihn nicht sehen, weil er Gott sei Dank gerade nach einer fürchterlichen Nacht eingeschlafen war, wie uns seine tieftraurige Frau berichtete.

Zum Kontext Kolumbiens eine weitere kurze Vorbemerkung. Seit vor 50 Jahren der offene Bürgerkrieg endete und ein Vertrag zwischen Konservativen und Liberalen die Guerilla ausschloss, befindet sich das Land in einem latenten Kriegszustand zwischen der Guerilla (vor allem FARC und ELN) auf der einen und Regierung, Militär und von diesen benutzten Paramilitärs auf der anderen Seite. Seit dem Beginn des „Antiterrorkampfes“ 2001 und der anschließenden Wahl des Kandidaten der Paramilitärs, Uribe, zum Präsidenten verfolgt die Regierung den Kurs, die Paramilitärs zwar (angeblich) zu entwaffnen, aber straffrei ausgehen zu lassen und sie in die offiziellen Strukturen von Regierung und Militär zu integrieren. So entsteht das, was in Kolumbien „Demokratie niedriger Intensität“ genannt



wird - anspielend auf den Krieg niedriger Intensität (vgl. U. Duchrow u.a., Totaler Krieg gegen die Armen, München 1989). Die USA unterstützen dieses Konzept mit über 2 Mrd. US-\$ Militärhilfe jährlich, „Militärberatern“ und ideologisch-politischer Schützenhilfe. Den Rahmen dafür bilden der „Plan Colombia“ und der bilaterale Handelsvertrag (TLC). D.h. involviert sind massive Wirtschaftsinteressen von US- und europäischen Konzernen, vor allem im Blick auf Öl, Gas, Kohle, Gold und Palmöl. Diese transnationalen Interessen verstärken die Landkonzentration und so die traditionelle Spaltung der Gesellschaft durch Großgrundbesitzer und Drogenbarone. Die verschiedenen Gruppen von Wirtschaftsinteressen kooperieren durchgehend mit den Paramilitärs, die entsprechend extrem gut finanziert sind (allein von jedem Öldollar erhalten sie 20%). Eine eindrückliche Fallstudie dazu bot Prof. Andy Higginbottom, indem er die intensive Zusammenarbeit zwischen British Petroleum (BP) und den Paramilitärs sowie privaten Sicherheitsfirmen dokumentierte. Die Opfer sind die Bevölkerung, besonders die ländliche sowie die Arbeiterschaft, deren Forderungen für gerechten Lohn und deren Widerstand mit Hilfe des Terrors niedergeschlagen werden.<sup>1</sup>

### **1. Hearing mit internen Flüchtlingen (desplazados) zur Vorbereitung eines Tribunals im November**

Bereits 2006 hatte ein „Tribunal gegen die Straffreiheit“ stattgefunden.<sup>2</sup> „Impunidad“ ist eines der großen Themen in ganz Lateinamerika, da dort all die seit 1964 (Brasilien) mit Hilfe der USA etablierten Militärregierungen erst dann abzutreten bereit waren, nachdem sie Gesetze durchgesetzt hatten, die den Tätern Straffreiheit garantierten. Das Verdikt des Tribunals definiert die Taten der Täter in Kolumbien als „Verbrechen gegen die Menschheit“. Nach Aussagen von Menschenrechtsorganisationen werden jährlich im Schnitt 20.000 Zivilisten durch gezielte

Hinrichtungen und Massaker von Militär und Paramilitär ermordet. In Kolumbien werden täglich durchschnittlich fünf Kinder umgebracht. Vier Millionen Menschen von etwas mehr als 40 Mill. Einwohnern sind innerhalb Kolumbiens auf der Flucht vor der Gewalt, das sind fast 10%. Dazu kommen die, die ins Ausland geflüchtet sind.

Um diese 4 Mill. Desplazados wird es in einem Tribunal im November 2007 gehen. Z. Zt. finden zur Vorbereitung in allen Provinzen Hearings mit Betroffenen statt. Daraus werden dann die Fälle ausgewählt, die auf dem internationalen Tribunal im November verhandelt werden sollen. Das Regionalhearing, an dem ich teilnahm, fand am 7. August in Arauca statt, einer Provinz im Südosten Kolumbiens an der Grenze zu Venezuela. Es ist ein ölreiches Gebiet, in dem Ölmultis wie BP, Shell und vor allem „Oxy“ das Land ausbeuten. Hier sind 37.000 Menschen von 500.000 Einwohnern desplazados. Der Hintergrund der Situation wurde uns so erklärt: Früher hatte die Regierung keinerlei Interesse an dieser abgelegenen Region. Als aber deutlich wurde, wie reich das Land war, kamen Militärs und Paramilitärs, um das Land unter Kontrolle zu bringen. Dies geschah verstärkt ab 2001, als von Tame aus Paramilitärs zunehmend in das Gebiet von Arauca eindringen - insbesondere um Personen auszuschalten, die leitende Funktionen in sozialen Bewegungen einnahmen. Wir bekamen eine Liste der Lehrgewerkschaft mit den seit 1982 ermordeten Lehrern und Lehrerinnen übergeben. Daran kann man ablesen, wie sich seit 2001 (also nach der Wahl Uribes und dem Antiterrorkampf der USA) die Lage dramatisch verschärft hat. In den 20 Jahren zwischen 1982 und 2001 wurden 10 Lehrer ermordet, in den 5 Jahren zwischen 2001 und 2006 waren es 19. Das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte übergab uns eine Liste mit der Dokumentation von 42 Massakern. Davon geschahen 4 in den Jahren



1997-1998, 38 seit 2001. Dazu gab es willkürliche Massenverhaftungen, in einem Fall über 3.000. Neben leitenden Personen von sozialen Bewegungen sind vor allem Bauern betroffen. Bis 2000 gab es in der Region von Arauca viele wohlhabende Bauern mit 10-50 Hektar fruchtbarem Land. Sie sind praktisch alle vertrieben oder getötet. Paramilitärs und die Transnationalen Konzerne (TNCs) haben sich das Land angeeignet, und zwar mit Terror, Mord, Totschlag und Vertreibung. Wir haben es hier mit staatlich durchgeführtem oder gedecktem Raubmord zu tun. Der Vorwand: Ihr seid alle Guerilla, also Terroristen. Faktisch wurden aber kaum oder keine bewaffneten Personen getötet und vertrieben, sondern unbewaffnete Zivilisten.

Den Vorsitz des Hearings führte François Houtart, Direktor des Religionssoziologischen Instituts und Prof. emer. an der Katholischen Universität Löwen sowie einer der Gründerväter des Weltsozialforums - mit 84 Jahren von erstaunlicher Frische, intellektueller Luzidität, vor allem aber warmer Menschlichkeit. Die ZeugInnen, die sprachen, ließen sich zumeist durch einen Vorhang verbergen, da sie Angst vor weiteren Repressionen oder gar Ermordung hatten - zu Recht, wie man daran sieht, dass der Koordinator des Hearings von der Coordinación Nacional de Desplazados (C.N.D.) gleich am nächsten Tag eine Todesdrohung erhielt.

Viele der Zeugnisse hatten ein ähnliches Muster: Frauen beklagten, dass ihr Ehemann und auch Kinder erschossen wurden. Eine Frau berichtete unter Tränen, wie ihr Mann gefoltert und dann mit Sohn und Tochter ermordet wurde. In vielen Fällen hatten vorher TNCs das Land kaufen wollen. Wenn sich Menschen weigerten zu verkaufen, kamen Paramilitärs und töteten die Männer. Dabei gibt es grausige Hinrichtungsformen - oft werden die Menschen mit Baumsägen in Stücke gesägt. Mehrfach wurde berichtet,

dass die Mörder den Opfern Guerillakleidung anzogen, um einen Vorwand für ihren Mord zu haben. Wenn Frauen die Täter bei Polizei oder Militär anzeigen wollten, bekamen sie gesagt: „Verswinde, wir haben das Recht, auch dich zu töten.“ Ein Mann, der schon viermal fliehen musste, hatte ein Massaker miterlebt, in dem 68 Menschen ums Leben kamen, darunter drei Enkelkinder, eins davon im Alter von 2 Jahren. Er berichtete auch von einer Militärbasis der USA in der Region und von 6 US-Soldaten, die mit Kokain erwischt wurden, aber straffrei ausgingen. Seine Schlussfolgerung aus dem allen: „Unsere Hoffnung ist der internationale Strafgerichtshof. Er muss das Militär und die Paramilitärs zur Rechenschaft ziehen.“

### **Intermezzo**

Zwischen Hearing und Konferenz trafen wir den zum Volkshelden avancierten Lehrer Gustavo Moncayo Rincór. Sein Sohn war als Soldat vor zehn Jahren von der Guerilla (FARC) entführt worden. Da Präsident Uribe im Unterschied zu seinem Vorgänger alle Verhandlungen mit der FARC ablehnt, kam es seit 2001 zu keinem Gefangenenaustausch. Um seiner Forderung nach Wiederaufnahme einer Humanitären Vereinbarung (Humanitarian Agreement) Nachdruck zu verleihen, hängte er sich eine Kette um den Hals und trat den 1.200 Km langen Fußmarsch nach Bogota an, um dort Uribe herauszufordern. Bald schon begleiteten ihn auf seinen Wegstationen viele Menschen. Andere boten ihm Kleidung, Nahrung und Unterkunft an - zum Schluss auch medizinische Versorgung, weil seine Füße wund wurden. Bei diesem Marsch kam er angesichts der Armut, der er begegnete, zu dem Schluss, dass der humanitäre Vertrag auch soziale Gerechtigkeit einschließen muss. Zwei Millionen Unterschriften für seine Forderungen sammelte er auf seinem Weg. So erreichte er Bogota unter zunehmender Beachtung durch die Medien. Uribe wollte ihn mit einem Beamten abspesen, dem er





die Petition übergeben sollte. Aber der Druck der Öffentlichkeit zwang den Präsidenten, den Bittsteller persönlich zu treffen. Dabei wollte er ihn gegen die Guerilla instrumentalisieren, wie dieser berichtete. Aber Moncayo widerstand ihm und sagte: „Du bist der Mann, der durch seine Härte und Ränkespiele Fortschritte für Geiseln und Volk unmöglich macht.“ Uribe versprach daraufhin, für 90 Tage eine „Begegnungszone“ einzurichten, um mit den Aufständischen zu sprechen. Da bei unserem Gespräch ein Europaabgeordneter anwesend war, wurde Moncayo sogleich ins Europaparlament eingeladen. Was in der Situation in Kolumbien allein hilft, ist der Druck der internationalen Öffentlichkeit. Genau dies war Gandhis Ansatz, für den diese Geschichte ein Musterbeispiel ist.

## **2. Internationale Konferenz mit dem Titel „Wirtschaft, Politik und sozialer Konflikt: Die neue Landkarte der Macht in Lateinamerika“**

Die Nationaluniversität (Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung), Justicia y Vida sowie die Friedrich-Ebert-Stiftung/Kolumbien (FESCOL) hatten zu dieser Konferenz eingeladen. Die internationale Delegation war zusammengesetzt aus Parlamentariern, WissenschaftlerInnen, VertreterInnen sozialer Bewegungen und NROs aus Europa und mehreren lateinamerikanischen Ländern. Unter den Zuhörenden waren überwiegend Studierende der Universität, in der die Konferenz stattfand.

Die Einführungsvorträge hielten Prof. François Houtart, Löwen, Dr. Helmuth Markov, Präsident des Außenhandelsausschusses des Europaparlaments von der Vereinigten Linken und der Präsidentschaftskandidat der Linken in Kolumbien, Carlos Gaviria Diaz. Speziell Houtart setzte klare Akzente, die die ganze Konferenz begleiteten:<sup>3</sup>

Nach der Globalisierung des Kapitalismus geht es nicht um dessen „Gestaltung“ oder Humanisierung, sondern um seine Entlegitimierung.

Denn er ist ein System des Todes. Er verwandelt das gesamte Leben in Waren zum Zweck der Akkumulation von Kapital. Deshalb geht es um den Entwurf einer neuen Realutopie, eines neuen Rahmens für das Leben der Menschheit auf diesem Planeten. Dazu schlägt er vier Grundprinzipien vor, die mit geeigneten Mitteln und Strategien umzusetzen sind:

- ▲ Der Gebrauch der Ressourcen muss in Symbiose mit Mutter Erde geschehen. Die Mittel dafür sind öffentliche Kontrolle und gesellschaftliche Wiederaneignung, bäuerlich-ökologische Landwirtschaft, Regeneration der Atmosphäre und des Klimas durch Nutzung erneuerbarer Energien. Die Strategie muss nach der Entlegitimierung des Kapitalismus und der instrumentellen Moderne ein neues kritisches Bewusstsein und ein neues Paradigma entwickeln, das sich am Leben als Beziehungsnetz orientiert.
- ▲ Der Gebrauchswert (Lebensqualität) muss wieder die Priorität über den Tauschwert (Herrschaft des Wertgesetzes im Markt zur Erzielung von Kapitalakkumulation) gewinnen. Die Mittel dazu: Einführung von Qualitätsindizes in die Ökonomie (soziale Wohlfahrt, Nachhaltigkeit, Ernährungssicherheit usw.); Beschränkung des Einflusses des Finanzkapitals z.B. durch Transaktionssteuern, Schließung der Steuerparadiese, Entschuldung; Abschaffung der Patente in der jetzigen Form, um die Herrschaft der TNCs zu brechen; Produktionsstätten in Gemeinschaftsarbeit mit sozialen Zielen; Wertung nicht bezahlter Arbeit; Systeme sozialer Sicherheit; öffentliche Dienstleistungen für die Grundversorgung. Strategisch geht es dabei um den Aufbau kollektiver Akteure wie z.B. Via Campesina.
- ▲ Die formale, politische Demokratie reicht nicht mehr aus. Partizipatorische Demokratie muss auf alle Aspekte des gemeinsamen Lebens ausgeweitet werden, inklusive

auf das Geschlechterverhältnis und die Ökonomie. Mittel dazu ist die Demokratisierung aller Lebensbereiche, sowohl territorial (Kommune, Nachbarschaft etc.) wie auch im Blick auf die Arbeitswelt und die Verwaltungen. Strategisch geht es um eine Verbindung linker politischer Kräfte mit den sozialen Bewegungen - allerdings nicht rein machtpolitisch, sondern basiert auf Ethik.

- ▲ Die Zukunft der Menschheit kann nur durch Interkulturalität menschenwürdig gestaltet werden. Das betrifft die Sphären des Rechts, der Wissenschaften, der Religionen und der Spiritualität. Mittel dazu ist die Stärkung der Bevölkerungen gegen die Herrschaft des Kommerzes, Schutz der Kulturen, Sozialisierung der wissenschaftlichen Ergebnisse, Laizität des Staates zur Eröffnung eines Raumes, in dem sich philosophische, spirituelle und ökumenische Begegnungen ereignen können. Strategisch bedeutet dies den Aufbau neuer historischer Subjekte, die sich durch die gemeinsame Orientierung an lebensförderlichen Strukturen und Handlungsweisen bilden.

François Houtart bezeichnet diesen Entwurf als kategorialen Rahmen für die Entwicklung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Beide folgenden Eröffnungsredner unterstrichen insbesondere die Bedeutung der neuen Bündnisse der sozialen Bewegungen und forderten die Politik auf, dem Beispiel mehrerer lateinamerikanischer Regierungen zu folgen und die Demokratie zu einer partizipativen umzugestalten, d.h. konkret: die sozialen Bewegungen zu unterstützen und sie konstitutiv in die parlamentarische und exekutive Politik einzubeziehen - eine Forderung, die in Deutschland auch die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages zur Globalisierung aufstellte.

Es folgten vier Podien zu den Themen:

- Regieren: Struktureller Wandel oder Verwaltung der Krise?

- Die Beziehungen zwischen politischen Parteien, sozialen Bewegungen und Regierung
- Was sind die Erfolge der Alternativbewegung angesichts des Niedergangs des neo-liberalen Modells?
- Anti-Imperialismus versus Integration

Welche Schlussfolgerungen sind aus alledem für Europa zu ziehen? Meine Bilanz lautet: Wenn schon eine wachsende Anzahl von lateinamerikanischen Staaten es trotz ihrer relativ schwachen Ausgangsposition schafft, sich der hegemonialen Macht des transnationalen Kapitals und dem US-Imperium entgegenzustellen und strukturelle Alternativen zu schaffen: Welche Entschuldigung haben dann noch die EU und ihre Mitgliedsstaaten? Sie könnten aus einer Position der Stärke diese lebensnotwendigen Strukturveränderungen vornehmen. Dies würde auch den besseren europäischen Traditionen entsprechen. Da aber die Voraussetzung für den Wandel in Lateinamerika die sozialen Bewegungen geschaffen haben, muss der zentrale Ansatz für einen Wandel in Europa in der Stärkung unserer eigenen Bewegungen liegen. Das schließt die ökumenischen Basisbewegungen ein. Nur mit ihrer Hilfe kann es gelingen, auch die Mehrheit der europäischen Kirchen - zumindest aber breite Teile der Gemeindebasis - auf biblischer Grundlage dazu zu gewinnen, die Schritte nachzuvollziehen, welche die weltweite Ökumene unter dem Einfluss vieler Südkirchen schon gegangen ist - hin zu einer „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ und zur Überwindung von Gewalt, einschließlich der imperialen.

Gleichzeitig geht es aber auch darum zu testen, welche Möglichkeiten in der Stärkung der linken Parteien liegen. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, die sozialdemokratischen Parteien wieder aus dem Bündnis mit den neoliberalen Parteien zu lösen. Denn ohne ihre Bereitschaft zu einer



Mitte-Links-Zusammenarbeit werden sie nicht nur weiter ihre Tradition der Arbeiterbewegung verraten, sondern immer mehr an Unterstützung in der Bevölkerung verlieren. Die Realität des destruktiven Kapitalismus wird weiter die soziale und ökologische Krise verschärfen. Deshalb fragen immer mehr Menschen nach Alternativen. Umfragen in Deutschland zeigen, dass die große Mehrheit (über 60 %) mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit fordert. Wenn die Bevölkerung in dieser Situation nicht rechten Populisten in die Arme getrieben werden soll, muss es zu einer solidarischen Neuordnung von unten im Bündnis mit allen politischen Gruppierungen kommen, die Menschen und Erde über das Kapital stellen.

Kolumbien ist die letzte Bastion des imperialen Kapitalismus in Lateinamerika. Aber von vielen Ländern des Subkontinents kann Europa lernen. Denn hier sind die sozialen Bewegungen und Teile der Politik vom Widerstand zum Aufbau von gesellschaftlich-politischen Alternativen fortgeschritten, die begonnen haben, den Kapitalismus nicht nur ideologisch, sondern auch strukturell zu überwinden.

*Prof. Dr. Ulrich Duchrow ist 1. Vorsitzender von Kairos Europa.*

<sup>1</sup>Das Muster der Interessen, der Akteure und der damit verbundenen Vertreibungen, Tötungen und Terrorakte gegen die Bevölkerung ist im Detail beschrieben in: *Justicia y Vida, pueblo y territorio*, Bogota, 1/2005.

<sup>2</sup>*Justicia y Vida*, 2006, *Tribunal contra la Impunidad*, Justicia y Vida, Bogota.

<sup>3</sup>Vgl. den Aufsatz gleichen Inhalts: Houtart, François, 2006, *Un socialismo para el siglo 21 - Marco sintético de reflexión*, in: *Pasos*, S. 6-8.

## HERZLICHE EINLADUNG zur KAIROS Europa-Tagung

Gewalt als Folge wirtschaftlicher Macht und politischer (Vor-)Herrschaft in Zeiten neoliberaler Globalisierung und ökologischer Krise - ihre Überwindung als neuer Kairos für die ökumenische Bewegung

**7.-9. Dezember 2007 in Mannheim**

*(Ökumenisches Bildungszentrum sancta clara/  
Hotel Wartburg)*

### Tagungshintergrund:

Sowohl die Konsultation der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) zur Halbzeit der Dekade zur Überwindung von Gewalt vom April 2005 in Freising als auch die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) im Februar 2006 in Porto Alegre haben sich im Blick auf die Weiterarbeit zu den Themen des konziliareren Prozesses für eine stärker aufeinander bezogene Auseinandersetzung mit der direkten und strukturellen Gewalt ausgesprochen. Um das vielfältige und bisweilen aneinander vorbei laufende ökumenische Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung künftig stärker zu bündeln, wurde einvernehmlich für eine Zusammenführung des Prozesses „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ mit der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ plädiert. Ein erster diesbezüglicher Kristallisationspunkt wird die „Internationale Ökumenische Friedenskonvokation“ (IEPC) im Jahr 2011 und die in deren Rahmen zu verabschiedende „Ökumenische Erklärung zum gerechten Frieden“ sein.

Im Rahmen der Tagung soll unter Einbeziehung von Gästen aus Ländern des Südens am Beispiel drei verschiedener sachlich-fachlicher Spannungsbögen von Gewaltzusammenhängen der Frage nachgegangen werden, wie sich diese Zusammenführung inhaltlich wie strategisch am besten auf den Weg bringen lässt und welche konkreten Umsetzungsschritte und Kooperationsbeziehungen sich hierzu anbieten.





## PROGRAMM:

**Freitag, 7. Dezember 2007**

- 17.00-17.30 Begrüßung, Einführung ins Tagungsthema, Kurzvorstellung der Teilnehmenden
- Tagungsteil 1 *Die Verknüpfung direkter politisch-militärischer und struktureller Gewalt - Strategien der Gegenwehr*
- 17.30-19.00 Die Militarisierung Deutschlands und der EU zur Absicherung wirtschaftlicher Interessen - gibt es einen Ausweg?  
Tobias Pflüger, MdEP, Brüssel/Tübingen
- 20.00-21.30 Auf immer und ewig „Hinterhof“? Lateinamerika im Lichte der wirtschaftlichen und politischen Einflussnahme der USA sowie der Renaissance emanzipatorischer Bestrebungen  
*Dr. Marcos Arruda, Instituto Políticas Alternativas para o Cone Sul (PACS), Rio de Janeiro*

**Samstag, 8. Dezember 2007**

- 08.45-09.00 Biblische Meditation
- Tagungsteil 2 *Strukturelle Gewalt gegen Menschen und Natur - Strategien der Gegenwehr*
- 09.00-10.30 Die mörderische Gewalt einer Hunger produzierenden Weltwirtschaft: „Das Imperium der Schande“ und Wege zu dessen Überwindung  
*Dr. Germán Gutiérrez, Departamento Ecuménico de Investigaciones (DEI), San José*

- 11.00-12.30 Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung konkreter Strategien und Aktionen
- 14.00-15.30 Die Patentierung von Genen und deren katastrophale Folgen: Profitgier von Konzernen versus Strategien zur lokalen Ernährungssicherheit und Bewahrung der Biodiversität  
*Dr. Christine von Weizsäcker, Ecoropa, Bonn*
- 16.00-18.00 Arbeitsgruppen zur Ausarbeitung konkreter Strategien und Aktionen
- 19.30-21.00 Ergebnisplenum

**Sonntag, 9. Dezember 2007**

- 08.30-09.00 AGAPE-Feier
- Tagungsteil 3: *Die kulturelle Gewalt des globalisierten Kapitalismus und Strategien der Gegenwehr*
- 09.00-10.30 Mission und Spiritualität des Widerstands auf der Basis der Bibel  
*Pfarrerin Patricia Sheerattan-Bisnauth, Reformierter Weltbund (RWB), Genf/Georgetown*
- Tagungsteil 4: *Hoffnungsgeschichten*
- 11.00-12.15 Solidarische Sozialökonomie  
*Dr. Marcos Arruda*  
Hoffnungsgeschichten - ein Kairos Europa-Projekt  
*Pfarrer Hartmut Futterlieb/ Dr. Ulrich Duchrow*
- 12.15-12.30 Abschlussplenum
- 12.30 Ende der Tagung und Abreise





### *Konferenzsprachen*

sind Deutsch und Englisch, zwischen denen simultan gedolmetscht wird.

### *Unkostenbeitrag*

Der Tagungsbeitrag beläuft sich auf 25,- EUR pro Person. Die Kosten für zwei Übernachtungen und Vollverpflegung (2 x Frühstück u. Abendessen, 1 x Mittagessen) im Hotel Wartburg betragen insgesamt 70,- EUR (im Doppelzimmer) bzw. 90,- EUR (im Einzelzimmer). Verpflegung ohne Unterkunft: 25,- EUR.

### *Anmeldung*

Bitte setzen Sie sich mit Martin Gück in Verbindung (Tel. 06221/716005) oder senden Sie uns eine E-mail (gueck@kairoseuropa.de) bzw. ein Fax (06221/716006).

### *Zur Vorbereitung*

auf die Tagung empfehlen wir unsere Veröffentlichung „Leitfaden für ein künftiges Engagement für gerechten Frieden. Optionen zur Umsetzung der Beschlüsse von Freising und Porto Alegre“ (Heidelberg 2007, 76 Seiten, 4,00 EUR zzgl. Versandkosten).

## **Neue KAIROS Europa-Broschüre in der Reihe „KURZ UND KNAPP - Materialien für Gemeinden und Gruppen“**

Unsere neueste Broschüre trägt den Titel „Liturgische Inspirationen im Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, wird ca. 50 Seiten umfassen und ist voraussichtlich ab Ende Oktober zum Preis von 3,50 EUR zzgl. Versandkosten erhältlich.

### *Inhaltsverzeichnis:*

#### Einführung

- I. Liturgie im biblischen Kontext von Gottes Gerechtigkeit in einer gewalttätigen Welt
  1. Markusevangelium
  2. Offenbarung Johannes
  3. Die Bibel als Grundlage der Liturgie und des Predigens: Volk Gottes im Kontext imperialer Politik, Ökonomie, Ideologie, Religion und Lebensweisen
- II. Gesamtliturgien
  1. Die Umsetzung einer Liturgie von Vertreterinnen und Vertretern von Südkirchen des Reformierten Weltbundes im deutschen Kontext
  2. Ökumenische Bekenntnisliturgie wider den Götzenkult von Mammon, Macht und Krieg
- III. Anregungen zu einzelnen Teilen der Liturgie
- IV. Literatur- und Materialhinweise

### *Zum Thema:*

Seit den 1960er Jahren gibt es politische Nachtgebete. Seit den 1970er Jahren wuchsen besonders auf den Kirchentagen vielfältige liturgische Formen heran. Der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in den 1980er Jahren verstärkte diese Entwicklung noch einmal und brachte zudem eine Fülle weltweiter ökumenischer Anregungen für die Gestaltung von Liturgien. Insbesondere die Ökumenischen



Netze entdeckten die gesellschaftliche und politische Bedeutung der biblischen und liturgischen Traditionen neu. Vieles davon sprang auch zumindest in einige Ortsgemeinden über. Im Allgemeinen jedoch gehen wir in unsere volksskirchlichen Gottesdienste aus persönlichen Gründen.

Das betrifft insbesondere auch die charismatische Bewegung in ihren verschiedenen Formen.

Nun lässt es sich aber nicht mehr übersehen, dass die Entwicklung der Gesellschaft und der Politik massive und destruktive Auswirkungen auf Seele und Leib hat. Psychische Krankheiten breiten sich dramatisch aus. Schäden, die wir der Mitwelt zufügen, schlagen auf uns zurück. So ist zu hoffen, dass sich auch Ortsgemeinden der ganzheitlichen Existenz der Menschen zuwenden und den traditionellen Trend individualisierter Arbeit und Gottesdienste überwinden.

Dazu bieten die ökumenischen Prozesse der letzten zehn Jahre eine wichtige Hilfe. Reformierter Weltbund (RWB), Ökumenischer Rat der Kirchen (ÖRK) und der Lutherische Weltbund (LWB) haben in gemeinsamen Prozessen und in ihren Vollversammlungen auf biblischer Grundlage klare Beschlüsse zur Überwindung des neoliberalen Kapitalismus und der mit ihm verbundenen Gewalt gefasst. Dabei handelt es sich um ein komplexes Zusammenspiel von direkter, struktureller und kultureller (einschließlich religiöser) Gewalt, von dem ein Großteil der destruktiven Wirkungen auf Menschen und Erde ausgehen. In diesem Zusammenhang gibt es auch bereits eine Menge Anregungen für die liturgische Praxis von Gemeinden und Gruppen. Einige davon sollen hier vorgestellt werden.

Um aber auch für volksskirchliche Gemeinden verständlich zu machen, warum es notwendig ist, politische und wirtschaftliche Struktur-

fragen in die gottesdienstliche Praxis einzubeziehen, sollen in *Teil I* dieses Heftes einige biblische Beispiele vorgestellt werden, die zeigen, dass der Glaube und die Gottesverehrung des Volkes Gottes untrennbar mit der Teilnahme an Gottes Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und die Schöpfung verbunden sind. Dabei handelt es sich um Auszüge aus zwei Büchern (zum Markusevangelium und zur Offenbarung Johannes) und um eine Bibelarbeit zu verschiedenen Auseinandersetzungen des Volkes Gottes mit den Dimensionen imperialer Gewalt in der biblischen Geschichte. Diese Texte können auch als Predigtmeditationen dienen. In *Teil II* werden Gesamtliturgien zum Themenbereich, in *Teil III* einzelne Glaubensbekenntnisse, Gebete usw. vorgestellt. Zum Schluss folgen in *Teil IV* Materialhinweise.

Kairos Europa versteht dieses Liturgieheft als Arbeitshilfe zur Weiterarbeit in den ökumenischen Prozessen „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens/AGAPE“ und „Dekade zur Überwindung von Gewalt“, die entsprechend der Beschlüsse der Generalversammlung des ÖRK von Porto Alegre und der „Halbzeitkonsultation zur Dekade zur Überwindung von Gewalt“ der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) von Freising in Zukunft aufeinander bezogen fortgesetzt werden sollen.

-----



## Buchbesprechung

### **Dieter Conrad, Gandhi und der Begriff des Politischen: Staat, Religion und Gewalt, München 2006**

Von Ulrich Duchrow

Dieses Buch wirft ein helles Licht auf unsere Zeit. In ihm geht es um den von Gandhi aufgewiesenen Zusammenhang von Eigentum, Staat und Gewalt und dessen Frage, wie durch gewaltfreie Aktion auf der Basis von Religion (als Liebe zur Wahrheit und zu den kleinsten Kreaturen) der westliche Fehlweg zugunsten einer „Ökonomie des Genug“ und einer möglichst gewaltfreien Politik überwunden werden kann. Die Wahrheit ist aber niemals Besitz. Vielmehr muss sie kommunikativ gefunden werden. Darum kann der Zugang zur Wahrheit nur durch Gewaltlosigkeit (non-violence, ahimsa) gekennzeichnet sein. Hieraus ergibt sich für Gandhi die politische Methode des gewaltlosen „Festhaltens“ an der Wahrheit (Satyagraha). Da aber die Wahrheit als Ziel nie voll erreichbar ist, muss das Mittel, sie zu erreichen, das Ziel bereits in sich enthalten. Niemals kann das Ziel jedes Mittel heiligen. Politik ist „jegliche Aktivität für die Wohlfahrt der Menschen“. Sie kann die Form von Widerstandsaktionen annehmen oder die Form der Entwicklung und Durchsetzung eines konstruktiven Programms.

Im Gegensatz hierzu stellt Conrad den okzidentalen Begriff von Politik vor. Seit der Monopolisierung der rechtmäßig geordneten physischen Gewalt beim Staat spielt der Begriff Gewalt zur Bestimmung des Politischen die zentrale Rolle. C. hebt die prägende Rolle von Martin Luther und Max Weber hervor. Letzterer konstruiert einen radikalen Gegensatz zwischen einer „akosmischen Liebesethik“ und dem Handeln der Politik: „Für die Politik ist das entscheidende Mittel: die Gewaltsamkeit“.

Zentral für Gandhi - und auch Tolstoi - dagegen ist die zutiefst gewaltsame Natur des Staates. Daraus zieht Gandhi den Schluss, dass die Unterscheidung von Mittel und Zweck aufgehoben werden muss. C. drückt es so aus: Satyagraha, die gewaltfreie Aktion, stellt sich auf die unvermeidliche Fortsetzung ein, „auf fortwährendes Hervorarbeiten des Richtigen, dessen Verlässlichkeit sich in Machtumwandlungen äußern soll“.

In einem II. Teil des Buches wendet sich C. der westlichen Sicht von Religion und Politik im Einzelnen zu und beurteilt sie aus der Perspektive Gandhis. Er fasst den Ursprung der Weberschen Fassung des Problems bei Luther ins Auge. Luthers originelle Lösung ist: Ein Christ soll nach der Bergpredigt, wenn es um das Recht in eigener Sache geht, sein Recht nicht durchsetzen, sondern Unrecht leiden, aber das Recht bekennen. Wenn hingegen der oder die Nächste Unrecht leidet, ist es für die Christen im weltlichen Amt legitim und sogar Pflicht, dem Übel - notfalls mit Gewalt - zu widerstehen, um die betroffenen Nächsten zu schützen.

Dieser frühen theologischen Fassung des Problems gegenüber lässt sich der eigentliche Differenzpunkt Gandhis zum westlichen Ansatz präziser bestimmen als nur anhand der Weberschen Kategorien von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Gandhi knüpft über Tolstoi bewusst an die Bergpredigt an. Dabei geht er aber über Luther hinaus, denn dessen Position zeigte in der Wirkungsgeschichte, dass das aktive Element des Friedenshandelns nach der Bergpredigt verloren ging.

Die physische, verletzende Gewalt ist der Abbruch jeglicher Kommunikation. Demgegenüber heißt „Verzicht auf Gewalt... im Rahmen von Satyagraha (Festhalten an der Wahrheit), dass die Aktion in keinem Falle die Re-Aktion des anderen durch Zerstörung der Person oder Verhinderung ihrer Entschließung ausschalten darf. Und zwar gilt dies nach beiden

Seiten: Das Eintreten für andere darf nicht zur Ausschaltung des Vertretenen, das Entgegen-treten nicht zur Ausschaltung der gegnerischen Person getrieben werden... Aber: die Anderen werden nicht gefragt, ob überhaupt etwas geschehen soll. Sie werden in eine Lage gebracht, in der sie sich entschließen müssen zu handeln, wenn sie ihren Willen zur Geltung bringen wollen. Sie geraten in Zugzwang“.

Sodann stellt C. die Frage nach der transkul-turellen Relevanz der Fragestellung Gandhis. Der entscheidende Punkt ist nicht, welche Einzelheiten aus welcher Tradition genommen sind, sondern die spezifische Verarbeitung durch Gandhi. Dieser benennt freimütig diese Einflüsse, zielt aber im Kern auf eine gemein-same Menschenkultur. Auf dieser Basis wird der westliche Staat gleichsam naturrechtlich in Frage gestellt. Naturrecht aber nicht als dog-matisches System, sondern als Prüfung ver-schiedener, interkultureller Begründungszu-sammenhänge im Blick auf die Frage, ob sie das Leben der Menschen gewährleisten.

Damit geht C. über zum III. Teil seines Bu-ches: Grundrechte und Grundpflichten. Als das fundamentalste Grundrecht definiert Gandhi das Recht auf Leben, das Recht auf Subsistenz - aber dies verbunden mit der Erfüllung der gemeinwohlbezogenen Pflich-ten. Ihm geht es um die konkreten Rechte und Pflichten, die mit diesem Grundrecht auf Leben verbunden sind. Freiheit definiert er

dabei als Ablegen der Todesfurcht im Kampf. Hier entsteht nun der zweite große Gegen-satz zum Westen neben der Bestimmung des Staates durch Gewalt. Denn für den Westen ist der Ausgangspunkt „Life, Liberty, Pro-perty“. Gandhi weist den Zusammenhang von Eigentum und Gewalt nach. „Denn der Besitzinstinkt produziert - als Ausschließung anderer - Gewalt. Gandhi geht es um die Relationalität des Subjekts und darum um die Freiheit, auf Eigentum über das Lebens-notwendige hinaus zu verzichten. ‚Where there is possessiveness, there is violence‘. Er will die Menschen assoziativ zu den Subjekten der Lebenserhaltung machen.“

Es geht aber nicht um gewaltsame Wiederan-eynung des jetzt egoistisch angesammelten Eigentums, sondern um den eigenen Verzicht. Deshalb ist die Bekämpfung des Diebstahls durch Eigentum nur möglich durch gewalt-freie Methoden wie Streik, Verweigerung, zi-vilen Ungehorsam und dadurch über die Mobilisierung der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung ist der eigentliche Gegenspieler zur wirtschaftlichen und staatli-chen Gewalt.

Das Buch von Dieter Conrad ist von großer Relevanz nicht nur für die grundsätzliche Kritik der gegenwärtig vom Westen bestimm-ten politisch-ökonomischen (Un-)Ordnung, sondern noch mehr für deren interkulturelle und interreligiöse Überwindung.

#### IMPRESSUM

Der Rundbrief wird herausgegeben von KAIROS Europa Deutschland e.V.,  
Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Tel.: 06221 716005, Fax: 06221 716006,  
info@kairoseuropa.de, www.kairoseuropa.de

Bankverbindung: KAIROS Europa e.V., GLS Bank, Konto-Nummer: 8040242000, BLZ 430 609 67

Der Rundbrief erscheint unregelmäßig und wendet sich vor allem an die Mitglieder und FreundInnen von KAIROS Europa.

Auflage: 400 Exemplare · Redaktion: Martin Gück · Druck und Layout: Druckerei Maulbetsch GmbH, 74939 Zuzenhausen

